



CDU-Fraktion im Rat der Stadt Verl – Paderborner Straße 5 – 33415 Verl

Rat der Stadt Verl  
Herrn Bürgermeister Michael Esken  
Paderborner Straße 5  
33415 Verl

**Antrag zur Erstellung einer Machbarkeitsstudie zur Überprüfung einer möglichen Realisierung einer Landesgartenschau in Verl im Jahr 2029.**

<b>Antragsnummer</b>	_____ (Eintrag erfolgt durch Verwaltung)
<b>Produkt</b>	<b>5111 Räumliche Planung</b>
<b>Konto</b>	
<b>Fundstelle Haushalt</b>	<b>Seite 257</b>
<b>Änderungen in Euro</b>	<b>Ansatz = 620.000      Neu = 620.000      Differenz = 0</b>

Verl, 17.11.2019

**Die CDU-Fraktion beantragt, eine Machbarkeitsstudie in Auftrag zu geben, die aufzeigt, inwieweit sich Verl durch die Ausrichtung einer Landesgartenschau in 2029 weiterentwickeln könnte und wie bzw. in welchen Bereichen diese stattfinden könnte.**

Verl steht in sehr vielen Bereichen hervorragend da und ist für Alt und Jung eine attraktive Stadt. Dies sollte uns aber nicht davon abhalten, in die Zukunft zu denken und nachhaltige Überlegungen anzustreben, Verl auch in Zukunft für alle weiterhin attraktiv zu halten und diese Attraktivität auch auszubauen. Insbesondere fallen in Diskussionen immer wieder die Wünsche der Verlerinnen und Verler auf, mehr Freizeitangebote zu haben, Wege zu verknüpfen, Radwege zu verbessern und die Verbindung der einzelnen Stadtteile zu stärken.

Das Land NRW bietet seit einigen Jahren für die Städte und Gemeinden als Instrument der Stadtentwicklung die Förderung im Rahmen einer Landesgartenschau an. Dazu heißt es in der Ausschreibung zur Landesgartenschau 2029: *„Zukunftsfähige Stadtentwicklung muss im Kontext von demographischer Entwicklung, Klimawandel und Standortprofilierung auch einen Schwerpunkt auf die Entwicklung und Sicherung von Grün- und Freiflächen legen. Wohnortnahes Grün, naturnahe innerstädtische Gewässer, Gärten und Parkanlagen verbessern Lebens- und Umweltqualität unserer Städte und leisten einen Beitrag zu einer sozial orientierten, alters- und behindertengerechten, klimaangepassten, integrierten und integrativen Stadtentwicklungspolitik.“*

Und weiter werden vom Land NRW folgende Ziele formuliert:

*„Landesgartenschauen haben das Ziel, als Teil einer nachhaltigen Stadtentwicklung die Lebens- und Umweltqualität in den Städten und Gemeinden unseres Landes zu verbessern, Umweltbelastungen wie Hitze, Lärm oder Staub zu reduzieren und barrierefreie Orte der Begegnung für Jung und Alt sowie des kulturellen und sportlichen Austausches zu schaffen. Sie sollen dazu beitragen,*

- *dauerhafte Grün- und Freiflächen zu schaffen, beziehungsweise auf künftige Anforderungen auszurichten,*
- *die Rahmenbedingungen für eine zukunftsfähige wirtschaftliche Entwicklung der Stadt zu verbessern,*
- *einen Beitrag zur Anpassung der Städte an den Klimawandel zu leisten,*
- *einen Beitrag zur Verbesserung des Stadtklimas und der Umweltgerechtigkeit zu leisten,*
- *Flächen zur Förderung der Biodiversität bereit zu stellen,*
- *die Lebens- und Aufenthaltsqualität zu heben,*
- *die soziale und kulturelle Eigenentwicklung zu stärken,*
- *die Eigeninitiativen von Städten und Gemeinden sowie der Bürgerinnen und Bürgern zur ökologisch orientierten Gestaltung des Wohnumfeldes zu unterstützen,*
- *bürgerschaftliches Engagement in den Kommunen auszulösen, zu unterstützen und gesellschaftliche Teilhabe zu verbessern,*
- *historische Garten- und Parkanlagen zu rekonstruieren und neue herauszubilden,*
- *die Sensibilisierung und Aktivierung der Bevölkerung durch beispielhafte Lösungen in der Grün- und Landschaftsgestaltung, der ökologischen Bewirtschaftung, durch Ausstellungen, Lehrschauern und sonstige Veranstaltungen zu gärtnerischen und naturverbundenen Themen zu fördern.“*

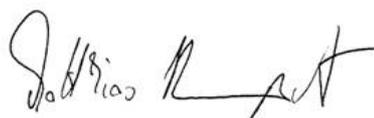
Im Rahmen einer Machbarkeitsstudie sollte nunmehr rechtzeitig geprüft werden, ob es für Verl Potenziale gibt, eine Landesgartenschau durchzuführen, die sich in die Verler Landschaft einbetten lässt.

Hier ist eine langfristige Überlegung angezeigt, Verl für die Zukunft weiter voranzubringen, damit Natur, Erholung, Freizeit, Klima und das Wohlfühlen generationsübergreifend manifestiert wird.

Die Kosten für eine Machbarkeitsstudie sollen aus dem Gesamtansatz im Haushalt für die Stadtentwicklung bestritten werden, so dass hier zunächst auf die Bereitstellung zusätzlicher Haushaltsmittel verzichtet werden soll.



Gabriele Nitsch  
(Vorsitzende der CDU-Fraktion)



Matthias Humpert  
(stellv. Vorsitzender der CDU-Fraktion)